

Türkei

Günter Seufert

Vielleicht geht 2011 als das Jahr in die Geschichte ein, in der die Türkei sich endgültig entschlossen hat, Abkehr vom Ziel ihrer Mitgliedschaft in der EU zu nehmen. Aus türkischer Sicht bestehen hinreichend Gründe für eine solche Entscheidung. Die Wirtschaft boomt, und die Zuwachsraten im Export werden mehrheitlich in neuen Märkten erwirtschaftet.¹ Die innenpolitische Stabilität hält an, die Regierungspartei wurde im Juni 2011 mit fast 50 Prozent erneut mit der Führung des Landes beauftragt. Und trotz aller Rückschläge geht auch die innere Demokratisierung weiter. Der Einfluss des Militärs auf die Politik ist weit zurückgedrängt worden. Eine Reihe von Tabus sind gebrochen worden – besonders im Hinblick auf die ethnische und religiöse Pluralität innerhalb der Nation der Republik Türkei. Und sogar im Kurdenkonflikt, der im Sommer 2011 erneut eskalierte, steigen zur Zeit der Beendigung des Manuskripts die Hoffnungen auf eine Lösung wieder. Außenpolitisch hat die Türkei zwar herbe Rückschläge verkraften müssen, besonders im Verhältnis zu Syrien, doch ist das Land heute auch von der Europäischen Union anerkannter und ernst genommener Akteur im Nahen Osten und Nordafrika, im Balkan und im Kaukasus. Wirtschaftlicher Fortschritt, Demokratisierung sowie territoriale Integrität und Sicherheit – die großen Ziele, die gleichzeitig Gründe für die Mitgliedschaft in der EU waren, scheinen heute auch ohne die EU erreichbar zu sein.

Gleichzeitig steuern Ankara und Brüssel 2012 erneut auf den alten Konflikt zu, der schon in den Jahren davor das offizielle Haupthindernis für einen Fortgang der Beitrittsgespräche gewesen ist.

Zypern – vom lieb gewonnenen Konflikt zur ernsthaften Gefahr

Im Juli dieses Jahres hat der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan der EU das vorübergehende Einfrieren der Beziehungen angedroht. Dies gelte für die Dauer der am 1. Juli 2012 beginnende Ratspräsidentschaft der griechisch-dominierten Republik Zypern, sagte Erdogan bei seinem Besuch in der nur von Ankara anerkannten Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ). Damit kündigt zum ersten Mal ein Beitrittskandidat der Europäischen Union der Staatengemeinschaft eine dramatische Verschlechterung der Beziehungen an, die allem Anschein nach nicht nur vorübergehend sein wird.

Denn Erdogan ging bei seinem Auftritt in Nordzypern noch einen ganzen Schritt weiter. Er setzte eine Frist für die Verhandlungslösung des Zypernproblems bis zum Ende von 2011. Sollte bis dahin kein Einverständnis über einen Fahrplan zur Schaffung einer gemeinsamen bikommunalen und bizonalen Föderation erzielt worden sein, behalte sich die Türkei die Neuausrichtung ihrer Zypernpolitik vor. Gemeint ist damit, dass Ankara sich dann um die Anerkennung der Türkischen Republik Nordzypern durch dritte Staaten bemühen wird, eine Strategie, die als die „Taiwanisierung“ Nordzyperns bezeichnet werden kann. Die Teilung der Insel wäre besiegelt, und die EU müsste eine grandiose außen-

1 Shahin Vallee: Turkey's economic and financial Diplomacy, Turkish Political Quarterly 9/4, 2011, S. 68.

politische Niederlage eingestehen. Betrachtet Brüssel doch die gesamte Insel als das Territorium ihres Mitgliedsstaates, und hat Brüssel doch die griechisch-dominierte Regierung in Nikosia als alleinige Vertreterin aller Zyprioten anerkannt.

Doch gehören zum Konflikt um Zypern jetzt auch wieder militärische Drohgebärden, und selbst kleinere Scharmützel im Mittelmeer sind für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Ankara streitet Nikosia das Recht auf die Etablierung exklusiver Wirtschaftszonen im Mittelmeer ab, hat angekündigt, die Exploration eines Gasfeldes durch die US-amerikanische Firma Nobel Energy nicht hinnehmen zu wollen und mit dem Einsatz der Kriegsflotte gedroht.

Der Konflikt spitzt sich in einem regionalen Setting zu, das von folgenden Faktoren bestimmt wird: die sich rapide verschlechternden Beziehungen der Türkei zu Israel, dem Ankara mit einer verstärkten Präsenz seiner Marine vor dem Gazastreifen gedroht hat; die traditionell guten Beziehungen der Republik Zypern mit Moskau; der gestiegene wirtschaftliche und politische Einfluss der Türkei in der Region; eine neue außenpolitische Rhetorik Ankaras, die die Türkei als eine Führungsmacht der muslimischen Nationen der MENA-Region präsentiert und last but not least die Unfähigkeit der Europäischen Union, in dieser Frage eine einheitliche Position zu beziehen, die letztendlich aus den konträren Vorstellungen der einzelnen Mitgliedstaaten über den türkischen Beitritt zu EU resultiert.

„Der Status Quo das ist bereits die Lösung!“, war bis zum Jahre 2002 die offizielle Linie der türkischen Zypernpolitik. Doch auch politischen Akteure in Europa haben in den letzten Jahrzehnten gut mit der Teilung Zyperns leben können. Selbst die politische Klasse der Republik Zypern hat jeden Anschein vermieden, die Überwindung der Teilung sei ihr primäres Anliegen.² Voraussetzung für die Gelassenheit der griechischen Zyprioten war allerdings, dass die Türkei beharrlich nach Europa drängte. Ankaras Wunsch nach Mitgliedschaft wurde zum Dreh- und Angelpunkt von Nikosias „standhafter“ Politik. Für Gegner eines Beitritts der Türkei – in Ankara und in Europa – war Zypern andererseits ein höchst willkommener Stolperstein auf dem Weg der Türkei in die EU.

Heute funktioniert diese Gleichung nicht mehr. Die Fortsetzung der alten Politik führt heute nicht mehr – so wie früher – nur zu Stillstand, sondern sie eskaliert den Konflikt.

Ankara: alte Politik in neuem Setting

Seit dem Scheitern des Annan-Plans 2004 stagniert die Brüsseler Politik. Versprechen der EU, das Los der Zyperntürken zu erleichtern, konnten nicht eingehalten werden. Auch Ankara setzt seine alte Linie fort, die in der veränderten regionalpolitischen Wetterlage gefährliche Wellen schlägt.

So führt Ankara, mit der Drohung, die Beziehungen zur EU einzufrieren, in den eigenen Augen nur seine Politik der Nichtanerkennung der Republik Zypern weiter. In dieser Perspektive hat der Putsch griechischer Offiziere 1974 der 1960 von Griechen und Türken gemeinsam gegründeten Republik Zypern den Todesstoß versetzt. Folgerichtig hat die Türkei den nach ihrer Invasion von 1974 im griechisch besiedelten Süden reetablierten Staat nie als Vertretung aller Zyprioten anerkannt. Aus diesem Grund weigert sich Ankara, die Zollunion mit der EU auf die Republik Zypern auszudehnen und zyperngriechischen Flugzeugen und Schiffen Zugang zu seinen Flug- und Seehäfen zu gestatten. Um jeden Anschein einer Kooperation mit griechisch-Zypern zu vermeiden, blockt Ankara auch jede

2 Jan Asmussen: Cyprus – should the UN withdraw?, ECMI-Brief, April 2011.

Beteiligung der Republik Zypern an Aktivitäten der NATO selbst auf technischer Ebene. Einen Kompromissvorschlag von NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat die Türkei im Oktober 2010 postwendend abgewiesen. Die Ankündigung, die Beziehungen zur EU einzufrieren, solange Nikosia für Europa spricht, liegt auf dieser Linie, und es spricht nichts dafür, dass Ankara damit nicht ernst macht.

Auch die Drohung, bei einem Stillstand der Verhandlungen für die internationale Anerkennung Nordzyperns zu werben, ist alles andere als neu. Halbherzige Vorstöße in diese Richtung hatten sich früher an Staaten wie Aserbeidschan und Pakistan gerichtet und blieben ohne Folgen. Zukünftige Initiativen werden sich an Staaten wenden, die auf anhaltende türkische Unterstützung zählen: Albanien, der geschwächte Sudan und der erst noch zu proklamierenden Staat der Palästinenser. Die weitere politische Entwicklung in Nordafrika schließt mittelfristig die Bildung von Regierungen nicht aus, die aus wirtschaftlichen Interessen, muslimischer Solidarität und gefühlter Nähe zur Türkei eine Anerkennung der TRNZ erwägen könnten.

In den Verhandlungen herrscht bei den grundlegenden Themen nach wie vor Stagnation. Trotz eines verstärkten Engagements der UN ist deshalb eine Einigung zum Jahresende nicht wahrscheinlich.

Der Streit um exklusive Wirtschaftszonen

Auf dieser Bühne kommt der aktuelle Konflikt um exklusive Wirtschaftszonen im Mittelmeer zur Aufführung. Bereits 2007 protestierte die Türkei gegen ein Abkommen zur Festlegung exklusiver Wirtschaftszonen, das die Republik Zypern mit dem Libanon geschlossen hatte. Die Neuauflage dieses Streits findet heute aufgrund eines ähnlichen Abkommens statt, das im Dezember 2010 von Nikosia und Tel Aviv unterzeichnet und ratifiziert worden ist. Dass es überhaupt zu dem Vertrag gekommen ist, ist der rapiden Verschlechterung der türkisch-israelischen Beziehungen geschuldet. Ankara rechtfertigt seinen Protest mit dem Hinweis auf die Rechte der Zyperntürken an den zukünftigen Erlösen und stellt außerdem erneut die Legitimation der Republik Zypern in Frage. Als Antwort auf den Beginn der griechisch-zyprischen Exploration im Südwesten der Insel wird die Türkei im Norden Zyperns Sondierungen vornehmen und hat dafür bereits ein Abkommen mit der türkischen Verwaltung im Norden der Insel abgeschlossen.

Großer Wahlerfolg Erdogans

So verständlich die harte Linie Ankaras angesichts der europäischen und griechisch-zyprischen Politik auch sein mag, dass Erdogan seine Politik so kompromisslos durchführt, hat viel damit zu tun, dass er sich so fest im Sattel fühlt wie nie zuvor in seiner mittlerweile langen Amtszeit. Ein Grund dafür ist der erneute große Erfolg bei den Parlamentswahlen im Juni von 2011.

Bei einer Wahlbeteiligung von 87 Prozent steigerte sich Erdogans AKP um 3,3 Punkte und erreichte 49,9 Prozent der Stimmen. Doch blieb ihr die für eine Verfassungsänderung notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit versagt. Die sozialnationale CHP erreichte einen Achtungserfolg und konnte sich um 5 Punkte auf 25,9 Prozent verbessern. Unter ihrem neuen Vorsitzenden Kemal Kilcдарoglu hatte die CHP vor der Wahl zumindest rhetorisch mit ihrem bislang staatszentrierten, autoritären und nationalistischen Kurs gebrochen. Der Wandel kam quasi über Nacht – nun propagierte die Partei nicht nur Dezentralisierung und lokale Demokratie, sondern trat auch dafür ein, den Kurden kulturelle Rechte zu gewähren,

das Militär politischer Kontrolle zu unterstellen und eine liberale Verfassung zu verabschieden.

Die rechtsextreme Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) zog mit 13 Prozent erneut ins Parlament ein. Das durchkreuzte die Strategie Erdogans, die darauf angelegt war, die MHP an der landesweiten Zehn-Prozent-Hürde scheitern zu lassen und ihre Mandate an die AKP zu ziehen. Deshalb gab sich der Ministerpräsident im Wahlkampf betont nationalistisch. Dies rächte sich jedoch im primär kurdisch besiedelten Südosten der Türkei. Dort vereinte die pro-kurdische Partei für Frieden und Demokratie (BDP) rund die Hälfte aller Stimmen auf sich. Landesweit wuchs die BDP zwar nur um eineinhalb Punkte auf 6,7 Prozent. In den südöstlichen Provinzen jedoch legte sie auf Kosten der AKP zwischen 15 und 20 Punkte zu. Die Zahl ihrer gewonnen Mandate stieg so von 20 auf 36. Um die Zehn-Prozent-Hürde zu umgehen, hatte die BDP – wie schon vor vier Jahren – „Unabhängige“ ins Rennen geschickt.

Konsolidierung des Grundkonflikts

Anders als oft betont, sollte das Ergebnis der Wahl nicht nur als Konsolidierung der türkischen Parteienlandschaft gelesen werden. Es verweist ebenso auf die Konsolidierung des Grundkonflikts in der Republik Türkei. Die großen Gewinner der Wahl, die AKP qua Masse, die BDP qua Einfluss im kurdischen Südosten, bilden jeder ein Menetekel für die Türkei kemalistischer Prägung. Beide Parteien repräsentieren starke gesellschaftliche Bewegungen von unten, und beide stehen im Konflikt mit Atatürks Idee einer strikt säkularen und ethnisch homogenen türkischen Nation. Die AKP weist die religionsausgrenzende Seite des kemalistischen Projekts zurück und vertritt statt dessen das Modell einer moderat muslimischen türkischen Nation. Die BDP opponiert gegen die ethnisch-türkische Dimension der von den Kemalisten propagierten Nation und steht für den Entwurf einer kurdischen Nation.

Stille Revolution und Quantensprung

Der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, hat neuen Jahre AKP-Regierung zu Recht als „stille Revolution“³ bezeichnet. In ihrem Verlauf mussten die alten bürokratischen und militärischen Eliten, insbesondere die Generäle, große Abstriche von ihrer Macht hinnehmen. Ihrer Ideologie, dem Kemalismus, ist die Überzeugungskraft weitgehend abhanden gekommen. Zugleich haben sich die innenpolitischen Parameter stark verschoben. Beredtes Zeichen dafür ist die zwar überwiegend passiv nachvollzogene, aber um so grundlegendere Kurskorrektur der CHP auch wenn dieser Neuanfang bislang noch rein rhetorischer Natur ist. Die „kurdische Öffnung“ der AKP hat viele Tabus gebrochen. Heute werden die Existenz eines kurdischen Volkes und sein Recht auf muttersprachlichen Unterricht in weiten Kreisen der türkischen Gesellschaft und Politik anerkannt. Gleichzeitig hat die Öffnungspolitik den Menschen im Westen der Türkei signalisiert, dass der Krieg gegen die PKK endgültig nicht zu gewinnen ist.

Diese Öffnung hat es ermöglicht, dass die BDP im Wahlkampf zum ersten Mal eine Art nationaler Front der Kurden errichtet und damit einen Quantensprung in der kurdischen Politik eingeläutet hat. Anders als bisher verzichtete sie völlig darauf, sich von der verbote-

3 Exklusivinterview für die Deutsch-Türkischen Nachrichten vom 23.6.2011, <http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2011/06/120610/>.

nen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) abzugrenzen. So warb Leyla Zana, eine der führenden Persönlichkeiten der Partei, um Stimmen für die Guerilla. Zugleich rühmte sie Öcalan als Lehrer der nachwachsenden kurdischen Generation.⁴ Andererseits hat die BDP, und auch das ist neu, religiös gebundene kurdische Kritiker der PKK in die Reihen ihrer Kandidaten aufgenommen. Diese vereinigte Nationalbewegung fordert ein, dass die Kurden sich selbst regieren. Damit beansprucht sie erstmals offen einen rechtlich abgesicherten politischen Status für die eigene ethnische Gruppe.

Politischer Streit, Neuaufgabe von Terror und grenzüberschreitenden Operationen des türkischen Militärs

Obwohl AKP, CHP und BDP im Wahlkampf angekündigt hatten, die Ausarbeitung einer liberalen Verfassung unterstützen zu wollen, setzen alle Parteien den Sommer über auf Konfrontation. Unmittelbarer Auslöser für diese Lahmlegung des Parlaments waren hochkontroverse Entscheidungen der Justiz. Gleich nach der Wahl weigerten sich verschiedene Gerichte, Untersuchungshäftlinge zu entlassen, die von BDP, CHP und MHP als Kandidaten aufgestellt und gewählt worden waren. Die Abgeordneten der CHP verweigerten daraufhin für einige Wochen den parlamentarischen Eid und beteiligten sich währenddessen nicht an der Arbeit der Legislative. Die BDP boykottierte bis zum 1. Oktober das Parlament und hielt in dieser Zeit ihre Fraktionssitzungen in Diyarbakir ab, der größten Stadt des kurdischen Südostens. Der Boykott des Parlaments durch die CHP brach schnell zusammen. Doch die Weigerung der BDP zur Mitarbeit im Parlament verhärtete die Fronten zwischen dem Staat und den Kurden erneut.

Trotz oder gerade wegen Geheimverhandlungen der Regierung mit dem inhaftierten Führer der PKK Abdullah Öcalan, die von beiden Seiten bestätigt wurden, nahm die militärische Führung der PKK in den Kandil-Bergen des Nordirak ihre Terrorangriffe wieder auf. Unter ihrem Einfluss verkündete die BDP die „Autonomie“ der kurdischen Gebiete. Der Staat reagierte auf beide Entwicklungen mit der erneuten Bombardierung von PKK-Stellungen im Nordirak, was wiederum zu einer Strategie der PKK führte, den Terror auch in die Städte der Westtürkei zu tragen. Erst zum Ende der Sommerpause, am 1. Oktober 2011, kehrte die BDP ins Parlament zurück. Die nächsten Monate werden für den Fortgang des Kurdenkonflikts von großer Bedeutung sein. Setzt sich die PKK mit ihren Maximalforderungen durch, die darauf hinauslaufen, ihr die Alleinherrschaft in den „Kurdenregionen“ der Türkei zu überlassen? Verschärft der Staat seine Kontrolle über die kurdische Politik erneut, und setzt die AKP darauf, dass erstmals von ihr allein kontrollierte Sicherheitskräfte die PKK besiegen? Oder vermögen es sowohl die Türken und die Kurden der Türkei, die Falken in den eigenen Reihen zurückzudrängen und auf eine Verfassung hinzuarbeiten, die zwar kulturelle Freiheiten wie Bildung in der Muttersprache gewährt, aber gleichzeitig eine administrative und politische Aufteilung der Türkei anhand ethnischer Grenzen und die dazugehörigen autoritären Tendenzen verhindert?

4 Zitiert nach <http://www.taraf.com.tr/haber/gerillaya-oy-verin.htm>, (Tageszeitung).

In all diesen innenpolitischen Umbrüchen hat die Europäische Union so gut wie keine Rolle gespielt. Ankara beherbergt heute die nach dem Personalbestand größte Vertretung der Europäischen Union in einem Land, und die Zahlungen aus dem IPA-Fonds steigen Jahr für Jahr.⁵ Doch der Einfluss der Europäischen Union auf die türkische Innen- und Außenpolitik geht rapide zurück. So hat die Regierung im Februar 2011 über vierzig Gesetzesvorlagen im Rahmen der EU-Harmonisierung ihres hohen Kostenaufwands wegen einfach zurückgestellt, ohne einen Termin für ihre erneute Beratung zu nennen.⁶

Weiterführende Literatur

Dimitar Bechev (Hrsg.): *What does Turkey think?* European Council on Foreign Relations, London 2011.

ESI, European Stability Initiative: *Murder in Anatolia: Christian Missionaries and Turkish Ultranationalism*, Berlin u.a. 2011.

Sigrid Faath (Hrsg.): *Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen*, mit Beiträgen von Martina Warnig, Christoph Ramm, Günter Seufert, Ofra Bengio, Inken Wiese, Guido Steinberg, Salam Kawakibi, Andreas Rieck, Andreas Jacobs und Hanspeter Mattes, Nomos, Berlin 2011.

M. Hatay & R. Byrant: *Negotiating the Cyprus Problem(s)*, TESEV, Istanbul 2011.

Efraim Inbar: *The Deterioration in Israeli-Turkish Relations and its international Ramifications*, The Begin-Sadat Center for strategic Studies, Ramat Gan 2011.

Z.N. Petrovic: *Turkey's new Approach to the Western Balkans*, ISAAC, Belgrad 2011.

Günter Seufert: *Foreign Policy Perception in Turkey: Comment on the Opinion Research*, TESEV, Istanbul 2011.

Guido Steinberg: *Die neue Kurdenfrage: Irakisch-Kurdistan und seine Nachbarn*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2011.

5 Von 497,2 Millionen in 2007 auf 899,5 Millionen in 2012. European Stability Initiative: *A very special Relationship: Why Turkey's Accession Process will continue*, Berlin u.a. 2010, S. 8.

6 Turkey shelves EU Reforms as Succession Hopes fade, Tageszeitung Today's Zaman vom 15.2.2011.